

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Markus Plenk

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerald Pittner

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatsminister Albert Füracker

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)**

**Währungshoheit bewahren - private digitale "Währungen" regulieren!**

**(Drs. 18/15547)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! In unserem Antrag schlagen wir vor, die Staatsregierung aufzufordern, sich auf europäischer Ebene und auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch private, sogenannte digitale "Währungen" angemessen reguliert werden.

Das Thema, Kolleginnen und Kollegen, scheint relativ weit weg zu sein; wenn wir aber genauer hinsehen, betrifft uns dieses Thema im Freistaat Bayern unmittelbar und in vielfältiger Art und Weise.

Vor zwei Tagen wurde eine große internationale Plattform für Kinderpornografie aufgedeckt und ausgehoben. Vor einigen Jahren gab es das schon einmal. Dieses Mal hieß die Plattform "Boystown"; vor einigen Jahren hieß die damals aufgedeckte Plattform "Elysium". Ähnliches gilt für Waffenhandel und Kriminalität. Kolleginnen und Kollegen, bei digitalen Währungen wird es für unsere Ermittlungsbehörden, für die bayerische Polizei, für die bayerischen Staatsanwaltschaften immer schwieriger, eine "Spur des Geldes" zu verfolgen.

Wir haben heute und in vielen, vielen Sitzungen davor trefflich über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise diskutiert. Eines, Kolleginnen und Kollegen, ist sicher: Europa und Deutschland und auch der bayerische Standort sind auch deshalb relativ gut durch die Krise gekommen, weil wir eine stabile Währungsgrundlage haben und weil auf der europäischen und auf der deutschen, nationalen Ebene mit Wäh-

rungsinstrumenten gearbeitet werden konnte. Natürlich kann man über das eine oder andere im Zweifel sein. Kolleginnen und Kollegen, die Kryptowährungen rütteln aber an einem Grundelement von Staatlichkeit und Supranationalität.

Wenn die Herrschaft über die Währungsmechanismen verloren geht, dann ist die Staatlichkeit, dann sind all die Funktionen auf unserer Landesebene angegriffen. Deshalb ist es wichtig, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, auch wenn es sperrig wirkt und wenn es vielleicht wenige Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich damit näher auseinandersetzen. Ich vermute, Herr Kollege Adjei als Informatiker wird Interessantes dazu beitragen können.

Insgesamt ist es wichtig, dass wir dieses Thema politisch in den Fokus nehmen, und es ist wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass hierzu vernünftige Regelungen kommen, nicht zuletzt auch deshalb, Kolleginnen und Kollegen, weil Währung immer auch ein Instrument der politischen Identifikation war. Nicht umsonst finden Sie auf antiken Münzen die Bildnisse von Kaisern, und nicht umsonst ist der Euro ein maßgebliches Identifikationsobjekt für die europäische Integration. Auch deshalb sollten wir uns dieser Frage zuwenden.

Im Moment gibt es einen entscheidenden Wandel. Der Bitcoin und die anderen Kryptowährungen waren bislang hochspekulativ. Deshalb haben sich viele dieser sogenannten "Währungen" nicht bedient. Die Entwicklung von privaten Firmen geht aber in Richtung von stabilisierten Finanzinstrumenten. Dies ist dann ein weiterer Schritt, bei dem die Staatlichkeit in einer Weise herausgefordert wird, die wir in den Fokus nehmen sollten. Ich meine, es wäre richtig, wenn wir an dieser Stelle die Staatsregierung aufforderten, ihre Möglichkeiten auf der Bundesebene und auf der europäischen Ebene zu nutzen, damit wir vernünftige Regelungen erhalten.

Wir sind nicht gegen einen digitalen Euro, auch aber auch für ihn müssen vernünftige Regelungen gefunden werden, damit er zu einem Instrument wird, das der Integration

und der Wirtschaft förderlich ist. Dies darf nicht dazu führen, dass die europäischen staatlichen Institutionen geschwächt werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich würde mich freuen, wenn der Antrag Zustimmung fände.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegen Meldungen zu zwei Zwischenbemerkungen vor. Zuerst erteile ich das Wort dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Herr Prof. Bausback, wo genau ist Ihrer Meinung nach die Währungshoheit der EZB durch Kryptowährungen in Gefahr? Ist diese, wie Sie es nennen, Währungshoheit dann nicht auch durch Edelmetalle und ausländische Währungen gefährdet?

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Eine Währung unterscheidet sich von anderen Gütern dadurch, dass sie ein allgemein anerkanntes Mittel des wirtschaftlichen Verkehrs ist. Eine stabilisierte Kryptowährung würde international einen wirtschaftlichen Austausch in einer Weise ermöglichen, der sehr nahe an dem Austausch liegt, der durch staatliche Währungen erfolgt.

Das Problem ist, dass in dem Moment, wo durch eine stabilisierte Kryptowährung das Vertrauen in diese – in Anführungszeichen – "Währung" gestärkt wird, die Geldmengenkontrolle, die klassischerweise den Staaten oder der supranationalen Europäischen Union zukommt, in Frage gestellt wird. Darin ist die Herausforderung zu sehen, Herr Kollege.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Matthias Fischbach, FDP-Fraktion, das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Sehr geehrter Herr Kollege Bausback, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie es als Problem sehen, dass Kryptowährungen nicht mehr so volatil sind, so spekulativ sind, sondern in bestimmten Regimen stabilisiert werden? Das steht ja dem entgegen, was wir immer diskutiert haben, dass es eine Gefahr sein könnte, wenn es zu spekulativ ist, dass dann relativ große Verluste mit Folgen für das Finanzsystem entstehen könnten.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** In der Tat ist es eine neue Herausforderung, weil ein spekulatives Instrument auch nicht jeden anzieht. Ich weiß nicht, ob es Sie anzieht, aber hochspekulative Kryptowährungen würde ich als wertkonservativer Mensch nicht in mein Portfolio, wenn ich eins hätte, nehmen.

(Heiterkeit)

Das Problem einer stabilisierten Kryptowährung ist in der Tat, dass damit etwas geschaffen wird, was in der langfristigen Entwicklung in eine echte Konkurrenz zu einer staatlichen echten Währung treten könnte. Das ist eine Herausforderung für die Staatlichkeit und für die supranationale Europäische Union, und deshalb sollte man darauf ein Auge haben.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Bausback. – Der nächste Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Benjamin Adjei. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2017 habe ich mich beruflich ziemlich intensiv mit Finanzprodukten und den dahinter stehenden Technologien beschäftigt. Bei dem Projekt haben wir uns damals auch den Bitcoin-Kurs intensiv angeschaut. Das war sehr spannend. Anfangs lag er bei knapp 2.000 Euro, dann ist er auf über 15.000 Euro gestiegen, und am Ende, als wir das Projekt abgeschlossen haben, war er wieder im freien Fall und ist am Schluss auf 3.000 Euro zurückgefallen.

Jetzt, zwei Jahre später, ist der Kurs plötzlich auf 50.000 Euro hochgeschneit. Sie haben das gerade vollkommen richtig angesprochen, Herr Kollege Bausback. Man sieht hier wirklich, wie unberechenbar die Wertentwicklungen der meisten Kryptowährungen sind, und entsprechend schlecht eignen sie sich am Ende, um als klassisches Zahlungsmittel zu dienen. Wer von uns würde denn ein Gehalt oder eine Zahlung bekommen wollen, wenn man nicht weiß, was die Zahlung in zwei Monaten wert ist? – Um dieses Vertrauen zu schaffen, muss man sich tatsächlich Gedanken machen, wie man die Digitalisierung auch im Hinblick auf den Finanz- und Währungsmarkt nutzen kann. Die Digitalisierung wird vor dem Finanzmarkt, vor dem Währungsmarkt nicht haltmachen, sondern mit ihrer disruptiven Durchschlagskraft am Schluss auch dort früher oder später einschlagen, da bin ich mir ziemlich sicher.

Die ersten Entwicklungen hin zu einem Stablecoin sehen wir ja schon. Facebook hat beispielsweise schon ganz klar gesagt, wo sie hinwollen. Sie haben nach Kritik das komplette Konzept umgeworfen, sind aber von ihrer Idee nicht abgerückt. Daran merkt man, dass wir früher oder später hier eine ganz massive Veränderung haben werden.

Die Bundesregierung hat in ihrer Blockchain-Strategie das Thema bisher aus meiner Sicht nur sehr unzureichend gelöst oder diskutiert. Wie gehen wir mit tokenisierten Vermögenswerten um, welche Auswirkungen haben sie auf das Finanz- und Währungssystem?

Erst seitdem sich Ende des letzten Jahres die Europäische Kommission intensiver mit dieser Frage beschäftigt hat, kommt diese Diskussion auf die politische Agenda, und das finde ich gut und wichtig. Die Diskussion ist eigentlich schon längst überfällig. Die Menschen wollen digitale Währungen nutzen und haben, und wir als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber müssen jetzt die notwendigen Schritte dafür einleiten. Es wäre fatal zu warten, bis private Tech-Konzerne sich disruptiv und völlig unreguliert mit ihren eigenen, selbst gemachten Regeln ins Spiel bringen. Wir brauchen deshalb einen digitalen Euro, um Regeln zu schaffen und um ein Grundsystem zu etablieren, auf dem neue Technologien, neue Geschäftsmodelle und neue Apps aufbauen können.

Um gleich alle Ängste zu nehmen, die ich in der schriftlichen Begründung gelesen habe, in der mündlichen war es nicht ganz so: Es geht nicht darum, das Bargeld abzuschaffen, sondern ganz im Gegenteil. Es geht darum, dass der digitale Euro am Ende den klassischen Euro ergänzen, stärken und vor allem auch zukunftsfest und zukunftsfähig machen soll; denn nur so schützen wir am Ende auch unser Währungssystem und somit alle Menschen und Unternehmen, die von einer stabilen Währung abhängig sind. Dazu müssen jetzt aber auch die Spielregeln und die europäische Banken- und Finanzaufsicht entsprechend angepasst werden. Digitale Währungen lassen sich nicht mehr so regulieren, wie es bei dem klassischen Hartgeld, Festgeld, was ich in der Hand halten konnte, war. Tech-Konzerne von heute sind die Finanzdienstleister der Zukunft. Auch im Hinblick auf die Geldmarktpolitik wird es deutlich anders werden, wenn wir nicht mehr periodisch, sondern hier dauerhafter regeln und steuern können.

Klar ist aber auch: Digitale Währungen dürfen am Ende nicht zu völlig unkontrollierten Zahlungsströmen führen. Hier müssen effektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Geldwäsche sichergestellt werden. Dass Fintechs am Schluss völlig unter dem Aufsichtsradar laufen, darf nicht zum Standard werden. Wirecard lässt grüßen.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, spricht daher tatsächlich die richtigen Punkte an. Ich habe mich spontan umentschieden. In der Begründung waren schon Ängste – das Abschaffen des Bargelds –, die Sie befeuert haben, erkennbar. Ich habe auch eine gewisse Kritik an der EZB gelesen. Das habe ich gerade in Ihrer Rede nicht mehr gehört. Wir wollten uns eigentlich enthalten, jetzt werden wir dem Antrag aber doch zustimmen, weil es die richtigen Punkte sind, die Sie angesprochen haben. Wichtig ist, dass wir nicht gegen die EZB und gegen Europa arbeiten, sondern dass wir hier zusammenarbeiten. Wir brauchen eine starke Europäische Union, wir brauchen einen starken europäischen Währungsraum, und wir brauchen auch eine starke Europäische Zentralbank, um die Herausforderungen einer immer di-

gitaler werdenden Finanzwelt zu meistern; denn nur national aus Deutschland heraus werden wir die Spielregeln in einer international globalisierten Finanzwelt nicht vorgeben können. Deswegen müssen wir diese Diskussion führen und werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Gerald Pittner. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Da ist wieder keine Anzeige, dann überziehe ich wieder.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Kommt gleich.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Medien sind voll von Meldungen über digitale Währungen. Meistens werden sie als Hype gelistet, wenn die Wertsteigerungen wieder sehr hoch sind, dann wieder als Katastrophe, wenn sie entsprechend einbrechen. Damit haben wir genau – Herr Kollege Bausback hat es angesprochen – eines der Grundprobleme dieser digitalen Währungen, aufgezeigt.

Solange in der Vergangenheit Bitcoin und Konsorten hauptsächlich als Anlageform gedient haben, war es relativ unproblematisch für das Wirtschafts- und Finanzgefüge. Inzwischen ändert sich das ganz massiv, weil immer mehr Menschen und Unternehmen in diese Währungen investieren und sie tatsächlich als Zahlungsmittel verwenden, als gesetzliches Zahlungsmittel etablieren wollen. Seit Januar 2021 sind sie zum Beispiel von PayPal als Zahlungsmittel zugelassen.

Im März hat der US-Vermögensverwalter BlackRock zwei Fonds in Digitalwährungen aufgelegt. Am 12. Mai findet bei Sotheby`s in New York die erste Versteigerung eines Kunstwerks statt, bei der man mit Bitcoin bezahlen kann. Das heißt, die Digitalwährun-



gen treten in unser tägliches Wirtschaftsleben ein, und damit werden sie gefährlich, nicht nur im kriminellen Bereich, wie es der Kollege Bausback dargestellt hat, sondern tatsächlich für unsere Finanz- und Wirtschaftsverwaltung.

Wir haben gerade vom Kollegen Adjei am Beispiel von Bitcoin gehört, wie die Währungen in ihrem Wert rauf- und runtergegangen sind: von 3.000 über 20.000, 30.000 auf 42.000 und dann wieder auf 10.000 zurück. Wie will man so einen Arbeiter bezahlen, wie will man so eine Krankenversicherung oder eine Altersversorgung aufrechterhalten? Ich kaufe mir heute für einen Bitcoin mit dem Wert von 30.000 Euro ein Auto, und morgen verkaufe ich es für zwei Bitcoin, aber es hat dann nur noch einen Wert von 6.000 Euro. Der Nachteil: Wir verlieren die digitale und währungspolitische Hoheit. Das muss man ganz klar sehen.

Warum will Facebook die Kryptowährungen etablieren? – Weil sie ein zinsfreies Zahlungsmittel etablieren wollen, das ihnen weltweit zur Verfügung steht und weil sie damit die Steuer- und Finanzgesetzgebung der einzelnen Staaten und Staatenverbände umgehen wollen. Dann ist es nicht mehr kontrollierbar, dann hat man nur mehr Datenbausteine oder Blocks, wie wir es so schön nennen. Man kann zwar feststellen, welche Art und welche Mengen transferiert wurden, aber man kann nicht mehr zuordnen, wer was und wieviel überwiesen hat. Der Staat verliert damit seine Finanz- und Wirtschaftshoheit, wenn er nicht eingreift.

Man muss aber auch sagen: Wir werden diese Entwicklung nicht aufhalten können. Der Kollege Adjei hat es sehr richtig gesagt: Wir müssen uns dieser Aufgabe wie auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Klimapolitik, stellen. Wenn wir es nicht tun, werden uns die anderen den Rang ablaufen. Bereits heute sind die USA und China wesentlich weiter als wir, und wir dackeln mit weitem Abstand hinterher. Wenn wir nicht bald dem Euro eine digitale Währung an die Seite stellen – ich meine nicht, dass wir den Euro abschaffen, darin stimme ich auch dem Kollegen Adjei zu –, dann werden wir die Standards künftig von anderen oktroyiert bekommen und auch in diesem Bereich die Finanz- und Digitalhoheit verlieren, wie wir die Hoheit in anderen Berei-

chen schon verloren haben. Deswegen stimmen wir FREIE WÄHLER dem Antrag der CSU ausdrücklich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ferdinand Mang. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag zugunsten der Bankenlobby mit dem Inhalt, die freien Kryptowährungen angemessen zu regulieren. Für mich übersetzt heißt das in diesem Fall: Die freien Kryptowährungen sollen unter die Kontrolle der gierigen Bankster gebracht werden, um den Bürgern ein weiteres Stück Freiheit zu nehmen. Stellvertretend für die Bankenlobby hat die CSU-Fraktion als Nutznießer großer Bankenspenden diesen Antrag brav eingereicht.

Was sind Kryptowährungen? – Kryptowährungen sind zum einen digitale Zahlungsmittel. Mit der zugrunde liegenden Blockchain-Technologie sind sie aber auch ein Hilfsmittel, Verträge rechtssicher zu vollziehen und Sicherheiten zu hinterlegen. Die CSU warnt in ihrem Antrag auch vor diesen Gefahren. So führen Sie an, dass die freien Kryptowährungen sich zu abgesicherten Instrumenten entwickeln. Richtig, Kryptowährungen vermitteln höchste Rechtssicherheiten, mehr als es eine Bankster-Bank je gewährleisten könnte. Kryptowährungen sind schwer manipulierbar und eine große Gefahr für die Bankenlobby.

Weiter führen Sie als Gefahr an, dass Kryptowährungen sich zu zinslosen und international anerkannten Zahlungsmitteln entwickeln, die weltweit und jederzeit nutzbar sind. Das führen Sie ernsthaft als Begründung an, um diese freien Kryptowährungen auszulöschen. Der Grund ist klar: Die freien Kryptowährungen sind nämlich auf dem besten

Weg, den Banken große Geschäftsbereiche streitig zu machen, und das auch noch ohne Zinsen, Verwaltungsgebühren und Bankster-Bonis. Und sie sind für jeden Bürger frei zugänglich.

Natürlich treibt das den Bankster-Freunden in der CSU den Angstschweiß auf die Stirn, denn auf die großzügigen Spenden der Bankster möchte auch die ach so integre CSU in Zukunft nicht verzichten. Darum will sie alles verbieten, was den Bankster-Gönnern gefährlich werden könnte. Das ist neoliberale Wirtschaftspolitik in ihrer höchsten Ausprägung.

Beifall bei der AfD

Statt sich als marode Bank zu überlegen, wie man konkurrenzfähig bleiben kann, lässt man lieber den Konkurrenten von der Politik verbieten.

Nachdem Sie in Ihrem Antrag nur Argumente anführen können, die für die freien Kryptowährungen sprechen, bemühen Sie zuletzt noch folgendes Argument, das wirklich peinlich ist. Sie befürchten, dass die freien Kryptowährungen beliebter werden als der Euro. Der Kollege Bausback hat das noch einmal bestätigt. Sie wollen die freien Kryptowährungen verbieten, weil die Bürger aus dem Euro in die Kryptowährungen fliehen wollen. Sie haben Angst, dass die Bürger dem Euro nicht mehr vertrauen. Sie sollten einmal einen Antrag stellen, dass die EZB ihre wahnsinnige Geldpolitik ändert, welche die Sparer enteignet und Rentner in bittere Altersarmut treibt.

Beifall bei der AfD

Nein, stattdessen versuchen Sie, den Bürgern den Weg abzuschneiden, ihr hart erspartes Geld zu retten. Aus welchem Grund verheimlicht die EZB die Ausweitung der Geldmenge? Weshalb haben wir in Teilen der Bauindustrie eine sich bereits anbahnende Hyperinflation? – Weil die Bürger Ihrer Geldpolitik nicht mehr vertrauen und ihr sauer verdientes Geld lieber in Betongold fließen lassen oder es einer manipulations-sicheren Kryptowährung anvertrauen. Das ist der wahre Grund für diesen Antrag. Die

Bankster-Lobby sieht ihre Felle davonschwimmen, und die CSU ist nichts anderes als deren Stiefelknecht.

Ich verrate Ihnen aber eines: Sie mögen die Freiheit des Bürgers noch so sehr bekämpfen, solange es die AfD und die mutigen Bürger auf der Straße gibt, hat Ihr Götze Mammon nicht gewonnen.

Zurufe

Widerspruch

Lachen

Wir lehnen deshalb diesen raubtierkapitalistischen Antrag der CSU konsequent ab, denn wir, die AfD, stehen für das Grundgesetz und die Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die desaströsen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Florian Ritter. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Florian Ritter (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Den vorangegangenen Redebeitrag kann man tatsächlich mit der Überschrift "Bahn frei für mehr illegale Geschäfte mit der AfD" versehen.

(Beifall)

Natürlich bieten Kryptowährungen viele Chancen. Sie sind ein gutes, nachvollziehbares und sicheres – –

(Fortgesetzte Gespräche auf der Regierungsbank)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, darf ich Sie kurz unterbrechen?

– Darf ich Sie auf der Regierungsbank bitten, ein bisschen leiser zu sein. Der Ton pflanzt sich sehr nach vorne fort. – Ist das überhaupt angekommen? Frau Staatsministerin Kaniber, Herr Staatsminister Füracker, ich habe Sie gebeten, ein bisschen leiser zu sein. Die Schallwellen pflanzen sich sehr nach hier vorne fort. – Bitte, Herr Kollege.

**Florian Ritter (SPD):** Kryptowährungen sind durchaus auch für normale Anwender ein ausgesprochen praktisches Zahlungsmittel. Wir haben allerdings völlig zu Recht viele Diskussionen über Kryptowährungen. Zum einen dienen Kryptowährungen als Zahlungsmittel bei illegalen Geschäften. Diese Geschichte müssen wir tatsächlich in den Griff bekommen. Andererseits sind Kryptowährungen im legalen und teilweise halblegalen Bereich Spekulationsobjekte, die für die Anlegerinnen und Anleger massive Risiken in sich bergen. Daneben sind Kryptowährungen aber auch wieder ein Geschäftsmodell für internationale Konzerne, die vermehrt Kryptowährungen auf den Markt bringen.

Man muss die legalen Anwendungsformen nicht verteufeln. Sie enthalten durchaus Chancen, die es zu nutzen gilt. Allerdings muss eines klar sein: Das Währungsmonopol des Staates darf nicht angetastet werden. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir uns darin unter den demokratischen Fraktionen hier im Haus einig sind.

Währungspolitik ist tatsächlich eine der entscheidenden Stellschrauben für staatliches wirtschaftliches Handeln. So viele Stellschrauben haben wir nicht. Wir können im Kleinen Förderprogramme machen, wir können im Großen staatliche Investitionen tätigen, aber eine der wirklich wichtigen und entscheidenden Stellschrauben ist die Währungspolitik, der Einsatz der Geldmenge und die Zinspolitik, um überhaupt Wirtschaftspolitik im großen Stil betreiben zu können. Jetzt in der Pandemie sehen wir, wie notwendig die Wirtschaftspolitik ist. Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir uns

diese Möglichkeit durch die Entwicklungen auf dem Markt aus der Hand schlagen ließen.

Kryptowährungen können tatsächlich eine sinnvolle Ergänzung zum staatlichen Währungssystem sein. Sie müssen dann aber klaren Regeln unterworfen werden. Diese klaren Regelungen betreffen den Einsatz von Kryptowährungen, sie betreffen aber auch die Lizenzierung der Anbieter von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Kryptowährungen oder auch die Deanonymisierung der Besitzer der Wallets für den Fall, dass es tatsächlich konkrete Anhaltspunkte für kriminelles Handeln gibt. Dabei haben wir in der Bundesrepublik Deutschland auch dank Olaf Scholz einige Schritte nach vorne gemacht. Wir haben durchaus schon einige Regelungen geschaffen, die wir auch auf die europäische Ebene übertragen müssen.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Pläne der EZB, aber auch die Pläne der Europäischen Kommission zur Einführung des digitalen Euros. Das schafft die Grundlage für den Einsatz von Kryptowährung im Interesse des Gemeinwohls und, wohlgemerkt, unter demokratischen Bedingungen. Das ist ja tatsächlich das Entscheidende. Es geht nicht darum und darf nicht darum gehen, Währungssysteme zu privatisieren, sondern die demokratischen Bedingungen müssen tatsächlich erhalten bleiben.

Kolleginnen und Kollegen, es ist schon kurz angeklungen: Gleichzeitig muss man auch immer wieder darauf hinweisen, dass es ein klares Bekenntnis aller europäischen Regierungen, der Europäischen Kommission und der EZB zur Beibehaltung des Bargeldes gibt. Ich glaube, das muss man schon noch mal ganz klar sagen. Kryptowährungen sind eine Ergänzung und müssen auch als Ergänzung behandelt werden. Der Desinformationskampagne von Verschwörungsgeschäftemachern oder Rechtsradikalen muss man hier auch eine ganz klare Absage erteilen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, dass der Antrag der CSU tatsächlich in die richtige Richtung geht. Wir brauchen eine bessere und vermehrte Regulierung.

Wir brauchen sie auf europäischer Ebene, und wir brauchen sie auch auf internationaler Ebene. Das wird dann tatsächlich der nächste und notwendige Schritt sein. Von daher werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Ritter. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das mal rausgesucht: Im Jahr 1876 ist der süddeutsche Gulden außer Kraft gesetzt worden. Das war sozusagen die letzte bayerische Währung. Kaum 150 Jahre später unterhalten wir uns hier im Landtag wieder über Währungen. Das habe ich nicht ganz verstanden, fand ich aber ganz amüsant.

Zum Thema Währung. Es ist immer die Rede von Kryptowährung. Ich bin ein bisschen vorsichtig mit dem Begriff Währung. Wozu ist eine Währung da? – Währung hat drei Funktionen. Einerseits ist sie eine Recheneinheit, einfach nur, um Dinge vergleichbar zu machen. Zweitens ist sie ein Zahlungsmittel. Als Zahlungsmittel kann ich ja alles Mögliche nehmen. Dazu brauche ich auch kein gesetzliches Zahlungsmittel zu nehmen. Ich kann mit Dollar, Kryptowährung oder sonst was bezahlen. Das setzt aber natürlich voraus, dass ich ein gewisses Vertrauen habe, dass das Geld, das ich bekomme, nicht im nächsten Augenblick nichts mehr wert ist, sondern dass ich es noch irgendwie weiter verwenden kann.

Der dritte und entscheidende Punkt ist: Es dient auch zur Aufbewahrung von Werten. Das setzt natürlich ganz zwingend voraus, dass ich ein Vertrauen darin habe, dass das Geld seinen Wert auch weiterhin behält. Genau diese Aufgabe hat dann letztendlich zum Beispiel auch eine Zentralbank: Nämlich, die Geldwertstabilität auch auf Dauer zu sichern. Wobei das eigentlich nur die Sicherung der eigenen Währung ist. Das muss man auch klar sagen. Die Geldwertstabilität für eine fremde Währung zu si-

chern, für den Dollar, käme der EZB auch nie in den Sinn. Auf der anderen Seite – das ist vorhin auch teilweise durchgeklungen – ist es genauso wenig ihre Aufgabe, Wirtschaftspolitik zu machen. Geldwertstabilität ist die Aufgabe der Zentralbank und sonst nichts.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich die Kryptowährungen anschau, fallen die meisten Kryptowährungen in dem Sinne zwar unter die Begriffe Recheneinheit und unter Zahlungsmittel. Unter Aufbewahrung von Werten fallen sie eigentlich nicht, mit Ausnahme der Stablecoins. Die sind vorher schon mal angesprochen worden. Sie sind praktisch an echte Währungen, echte – in Anführungszeichen – gesetzliche Zahlungsmittel – wo auch immer sie gesetzlich sind – angebunden. Insofern muss man erst mal vorsichtig sein, ob es sich wirklich um eine Währung oder letztendlich nur um ein Zahlungsmittel handelt. Ich lege großen Wert darauf, dass man das unterscheidet.

Die BaFin hat Bitcoin zu Recht schon vor einiger Zeit als Finanzinstrument klassifiziert. Ich glaube, das ist auch genau die richtige Vorgehensweise. Ein Finanzinstrument fällt wie ein Dollar, wie jede Aktie oder sonst etwas unter eine gewisse Regulierung. Die ist dafür anzuwenden. Die Regulierung ist nicht einfach bei Kryptowährung, weil ein bisschen mehr Technik dahinter steht, das gebe ich zu. Aber letztendlich ist es nichts anderes, als hier eine Regulierung vorzunehmen. Das Ziel dabei ist insbesondere, den Anleger zu schützen. Das ist völlig okay.

Ich denke, elektronische Zahlformen haben wir noch eine ganze Menge. Die werden wir auch nie mehr losbekommen. Das ist auch ganz gut, denn ich denke, da sind auch einige Chancen drin. Wir sollten auf keinen Fall versuchen, sie zu verhindern. Wir haben hier Chancen, und die sollten wir nicht verschenken.

Was ich ganz interessant finde: Von der EZB gab es vor Kurzem eine Umfrage, worauf die Bürger denn am meisten Wert legen. Das war mit ganz großem Abstand der Da-



tenschutz, die Einhaltung der Privatsphäre. An zweiter Stelle stand die Datensicherheit.

Wenn ich jetzt zum Beispiel Kryptowährungen mit einem gesetzlichen Zahlungsmittel vergleiche, sehe ich da schon einen großen Unterschied. Hinter Kryptowährungen stehen meistens Geschäftsmodelle. Die Firmen versuchen natürlich auch, mit den Zahlungsdaten zu arbeiten und sie in irgendeiner Form zu verwerten. Da ist schon noch ein bisschen mehr dahinter. Man muss schon aufpassen. Letztendlich, muss ich sagen, ist das nicht unbedingt eine Aufsichtsfrage, sondern eine rechtliche Frage, eine Datenschutzfrage. Das ist keine Frage der Zentralbank. Das oberste Ziel der Finanzstabilität ist natürlich völlig okay. Ich glaube, das ist völlig unbestritten. Auf der anderen Seite soll doch jeder die Wahlmöglichkeit haben, welche Währung, welches Zahlungsmittel, welches Tauschmittel er verwendet. Ich denke, das ist völlig okay. Anleger schützen, Vertrauen generieren: Ja, das ist das eine. Aber wenn wir dabei bleiben, ein gesetzliches Zahlungsmittel zu haben, mit der entsprechenden Aufgabe, die Geldwertstabilität beizubehalten, dann sehe ich das Erfordernis bei den Kryptowährungen als solches nicht, weiter über das hinaus einzugreifen, was bei normalen Finanzinstrumenten getan wird. Ich glaube, das ist wirklich nicht notwendig.

Eines muss natürlich klar sein: Sie müssen dieselben Spielregeln erfüllen. Ein Level Playing Field als solches muss natürlich für alle Währungen oder zumindest für alle Zahlungsmittel gelten. Den Schwenk im Antrag auf das Bargeld habe ich übrigens nicht verstanden. Ich glaube, das ist völlig unbestritten, und ich kenne auch niemanden, der das wirklich abschaffen will – von ein paar Ausreißern abgesehen. Aber letztendlich habe ich das nicht ganz verstanden.

Was mich vorhin bei Ihrer Einführung ein bisschen irritiert hat, Kollege Bausback, war das Thema "bessere Strafverfolgung". Eine Regulierung als solche ist aus Marktsicht das eine. Aber bessere Strafverfolgung ist nicht unbedingt die Aufgabe. Da komme ich auch in technische Bereiche hinein. Aber jetzt zu sagen, dass ich das deshalb stärker regulieren muss, sehe ich an der Stelle nicht.

Die Einschätzung zum Antrag: Ich habe lange geschwankt, ob ich zustimmen oder mich enthalten soll. Letztendlich tendiere ich zur Enthaltung, weil manche Dinge sehr unscharf formuliert sind: Ob "Missbrauch für kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung" eine Frage der Regulierung ist? – Das ist eher eine Frage der Überwachung. "Schutz der Anleger"? – Ja, okay. "Wertstabilität"? – Wie gesagt, ein gesetzliches Zahlungsmittel hat Wertstabilität. Die EZB hat keinen Auftrag, den Dollar oder Ähnliches wertstabil zu halten. Eine "Gefährdung der staatlichen Währungshoheit" sehe ich an der Stelle auch nicht.

Letztendlich finde ich es fast schade, dass dieses Thema hier in einem Dringlichkeitsantrag behandelt wird. Ich glaube, da könnte man sehr viel mehr diskutieren. Ich hätte fast Lust, mir das auch mal im Haushaltsausschuss ausführlicher als Thema vorzunehmen. Wenn dort ein Antrag gestellt worden wäre, wäre das vielleicht interessanter gewesen. Letztendlich werde ich mich enthalten. Die Idee ist gut, aber ich denke, der Antragstext selbst ist sehr unscharf formuliert.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort – für drei Minuten.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Der Dringlichkeitsantrag der CSU zeigt deutlich, dass es offensichtlich niemanden in der CSU gibt, der auch nur ansatzweise ein Grundverständnis für das Thema Kryptowährungen und Blockchain-Technologie mitbringt.

(Beifall eines Abgeordneten)

Da wundert es auch nicht, dass man hier einen dermaßen undurchdachten Antrag stellt. Erstens. Kryptowährungen wie Bitcoin, Ethereum und andere sind viel mehr als digitale Währungen. Zweitens. Ethereum und die dahinter stehende Blockchain-Tech-

nologie ermöglichen beispielsweise das unbürokratische Schließen von Verträgen über Landesgrenzen hinweg und vereinfachen den damit verbundenen Zahlungsverkehr. Es handelt sich also um ein innovatives Instrument der Freiheit und Marktwirtschaft, das offensichtlich sozialistischen Totalitaristen ein Dorn im Auge ist.

Die Stabilität unseres Finanzsystems ist nämlich nicht durch Kryptowährungen und Blockchain-Technologie in Gefahr, sondern durch eine exzessive Nullzins- bzw. Inflationspolitik. Dass Letztere für die steigenden Immobilienpreise und Mieten verantwortlich ist und demnächst zu weiteren Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten führt, dürfte jedem halbwegs klar denkenden Ökonomen klar sein. Den Kolleginnen und Kollegen von der CSU ist das aber offensichtlich nicht klar. Ich erwarte nicht, dass jeder hier ein fundiertes Ökonomiestudium mitbringt; aber ein gewisses Grundverständnis für die Materie sollte man schon mitbringen, bevor man Anträge stellt nach dem Motto: Kenne ich nicht, also am besten regulieren oder gleich verbieten.

Zum Schluss habe ich für die Maskendealer von der CSU noch einen Tipp. Nutzen Sie doch für Ihre unmoralischen, unethischen und unanständigen Deals in Zukunft Blockchain-Technologie und Kryptowährungen. Dann kann Ihnen am Ende auch eine Bank aus Liechtenstein bei der Aufteilung der Beute keinen Strich mehr durch die Rechnung machen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht nun Herr Staatsminister Albert Füracker. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für diesen Antrag. Es ist eine interessante Diskussion, die hier geführt wird. Wir haben ja gemerkt, dass quer durch alle Fraktionen die Notwendigkeit, so etwas mal in der Öffentlichkeit anzusprechen, bejaht wurde. Wir sind uns einig. Bei Kryptowährungen und digitalen Währungen, die weltumspannend verwendet werden, kann es nicht so sein, dass niemand diese Dinge reguliert. Alles ist

reguliert, was Währung anbelangt. Wir haben bei der EZB in den letzten Jahren mit unserer Bundesbank in schwerer Zeit viele Diskussionen gehabt; auch wir. Wir haben, was Nullzinspolitik und all die Dinge anbelangt, immer wieder diskutiert und das besprochen. Aber wenn man in die Details geht, ist es nicht so, dass man ein großes Studium braucht, um das zu verstehen, wie manche behaupten, sondern es ist wie überall, dass die Interessengegensätze groß sind, sodass die Eurorettung schwierig war bei unterschiedlichsten wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Die Realität heißt, dass Digitalisierung unser Leben bestimmt. Mein Gott. Und deswegen ist es auch nicht so, dass hier jemand gesagt hätte, es darf keine Kryptowährungen und digitalen Währungen geben. Jedenfalls habe ich das nicht so verstanden, lieber Kollege Bausback, sondern es geht um die Frage, wie man die Regulierung macht und wie man sie nutzbringend für die Menschen einsetzt. Das ist wie mit dem berühmten Messer: Da kannst du etwas schneiden und etwas Gutes kochen, und du kannst jemanden umbringen. So ist es halt hier auch. Es geht um Souveränität; es geht um europäische Souveränität. Wir müssen achtgeben, dass unser Finanzsystem stabil bleibt und dass internationale Zahlungsströme kontrollierbar bleiben.

Es geht um Datensouveränität. Daten sind das neue Gold. Natürlich. Es ist doch klug, dass wir die Daten nicht irgendwelchen internationalen Strömen überlassen und in Europa darauf achten, wie man sie entsprechend schtzt. Wenn Sie heute genau erkennen, was Menschen digital zahlen, können Sie auch nachvollziehen, was sie kaufen und wo sie kaufen, also Lebensgewohnheiten erkennen. So werden Daten gesammelt. Das ist nichts, was man nicht wüsste. Da haben Sie alle recht, die das angesprochen haben.

Aber man muss überlegen, wie man darauf reagiert. Es geht um wirtschaftliche Souveränität in Europa und darum, dass wir nicht von irgendwelchen ausländischen Zahlungslösungen abhängig werden, die es bei uns nicht gibt. Deswegen verstehe ich, dass die Europäische Union, die EZB, darüber nachdenkt, einen eigenen digitalen Euro einzuführen. Die Frage ist, wie man das Ganze organisiert. Darum geht es. Es

soll nicht übereilt sein, sondern es muss so gemacht werden, dass es nutzbringend ist und dass die Menschen, die in dieser Weise bezahlen wollen, eine Alternative haben.

Aber umgekehrt wird – deswegen habe ich mich gemeldet, weil ich diesen Aspekt noch beleuchten möchte – darüber philosophiert: Was geschieht jetzt eigentlich mit dem Bargeld? – Meine Damen und Herren, ich jedenfalls kenne niemanden im politischen Kontext, der irgendwie vorhat, demnächst das Bargeld zu verbieten. Ich höre, dass auf europäischer Ebene diskutiert wird, dass die 1- und 2-Cent Münzen abgeschafft werden, dass Bargeldzahlung über 10.000 Euro nicht mehr möglich sein soll. Da kann ich jetzt zum Beispiel sagen: Wehret den Anfängen. – Natürlich ist es so, dass jeder Eingriff in die Möglichkeit, bar zu bezahlen, hinterfragt werden muss; denn Bargeld ist auch geprägte Freiheit, meine Damen und Herren. Das dürfen wir nie vergessen. Diese geprägte Freiheit lassen wir uns auch nicht nehmen. Da sind wir uns hier im Landtag, Gott sei Dank, einig. Die Aufforderung in dem Antrag geht an die Staatsregierung, mit dafür zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr hinterher sind, dass in Sachen Bezahlmöglichkeiten die Wahlfreiheit bestehen bleibt. Zur Wahlfreiheit gehört Bargeld.

Aber eines hat noch keiner gesagt, und ich möchte es einfach mal sagen. Ich glaube, es wird nicht so sein, dass in den nächsten Jahren irgendwo eine Regierung oder ein Parlament beschließt: Bargeld muss abgeschafft werden. – Aus meiner Sicht besteht die größte Gefahr, Bargeld zu minimieren oder gar abzuschaffen, durch unser Konsumverhalten. Denn wir selbst neigen ja aus Bequemlichkeitsgründen, aus Infektionsschutzgründen, aus welchen Gründen auch immer dazu, im Supermarkt die Karte zu nehmen. So geht es ja schon los. Natürlich kostet Bargeldverkehr Geld. Es gibt Unternehmen, Einzelhändler oder Tankstellenbesitzer, wer immer es auch sein mag, die überlegen: Wenn ich die Tafel Schokolade um 0,01 Cent günstiger hergebe, wenn jemand auf die Bargeldzahlung verzichtet, dann wird der sich das vielleicht überlegen. So ist das halt ein schleichender Prozess, wenn sich dann jeder von uns überlegt: Da spare ich mir im Jahr vielleicht 30 Euro, wenn ich nicht mehr bar bezahle, sondern mit

Karte. – Derjenige, der das Geschäft macht, sagt: Eigentlich spare ich mir Geld für den Bargeldverkehr. – Da sehe ich persönlich die größte Gefahr in den nächsten Jahren, dass Bargeld zurückgedrängt wird, weil unsere Lebensgewohnheiten und die derer, die nach uns kommen, anders sind, als wir das noch hatten, als wir Kinder waren und unter "Sparen" verstanden, dass wir jeden Tag ein Zehnerl in die Sparbüchse warfen, weil es am Weltspartag dann ein Stofftier und auch noch Zinsen auf das Sparbuch gab.

Das müssen wir den Leuten sagen: Wenn ihr Bargeld wollt, müsst ihr es benutzen; sonst schafft sich Bargeld mit der Zeit durch unser Verhalten selbst ab. Ich finde, dass es sehr sinnvoll war, den Antrag hier zu diskutieren. Die Aufforderung an die Staatsregierung ist angekommen, lieber Winfried Bausback. Wir werden dieser Aufforderung gerne nachkommen und weiter gemeinsam für das, was in der letzten halben Stunde diskutiert wurde, gut streiten. Alle, die diesen Antrag heute mit Zustimmung versehen, verhalten sich äußerst klug.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/15547 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung bei der FDP-Fraktion. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.